17

Ch 16

THEMA DER WELT

DIE WELT - Nr. 1 - Mittwoch, 2. Januar 1980

In den nächsten 50 Jahren wird die Bevölkerung der Bundesrepublik von 57,3 auf 38 Millionen schrumpfen. Der Anteil der Ausländer hingegen wird sprunghaft ansteigen – prophezeien die Statistiker. Jeder vierte Bürger wird dann ein Ausländer sein. Eine Lawine ist in Gang gesetzt, deren Wucht alle Erschütterungen der Bevölkerungsstruktur seit dem 30jährigen Krieg übertreffen könnte. Die sozialpolitischen Risiken sind gewaltig.

Werden wir ein Vielvölkerstaat?

Von DANKWART GURATZSCH

Als eine Zeitbombe ungeahnter Größenordnung entpuppen sich immer mehr die Prognosen über die Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik. Während die Regierung die Opposition mit allgemeinen und beschwichtigenden Antworten auf ihre große Anfrage zur Bevölkerungsentwicklung abspeist (Tenor: Unsere Familienpolitik hat einen Eigenwert — ohne Rücksicht auf die Bevölkerungsentwicklung), wächst die Bedrohlichkeit dieses Sprengsatzes. Einige Indizien dafür:

- Wesentliche Erkenntnisse der Bevölkerungswissenschaftler sind bisher sorgfältig vor der Öffentlichkeit geheimgehalten worden.
- In einer aus dem Bundeskanzleramt heraus geleiteten Kampagne wird die Debatte ideologisiert. Wer über den Geburtenschwund besorgt ist, der — so unterstellt Kanzleramts-Planungschef Albrecht Müller (SPD) — denkt in „völkischen Kategorien und huldigt einer Richtung, die schon einmal in der Geschichte in „böse Menschenverachtung" eingemündet sei.
- Zwischen einzelnen Bonner Ressorts und den Koalitionspartnern bauen sich Spannungen über die Beurteilung der Bevölkerungsentwicklung auf.
- Obwohl der Geburtenrückgang seit fünf Jahren beobachtet wird und inzwischen ein galoppierendes Tempo angenommen hat, sind noch immer keine Maßnahmen getroffen worden oder auch nur Konzepte erkennbar, wie ihm begegnet werden könnte.

Schon die bekannten Fakten und Prognosen sind alarmierend genug: Die Bundesrepublik hat die niedrigste Geburtenrate der Welt. Das Niveau der Geburtenhäufigkeit ist so niedrig, daß die Kindergeneration ein Drittel weniger Personen umfaßt als die Generation der Eltern. Bis zum Jahr 2000 wird die deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik von heute 57,3 Millionen auf 51,7 Millionen abnehmen, bis zum Jahr 2030, also innerhalb von 50 Jahren, auf 38 Millionen.

nach unten korrigiert werden, weil die Zahl der Geburten unaufhaltsam weiter sank. Angesichts dieses Trends sind die genannten Annahmen für die Jahre 2000 und 2030 nicht etwa übertrieben düster, sondern sogar noch optimistisch.

Was diese Annahmen aber erst recht brisant macht, das sind die bisher kaum beachteten Auswirkungen auf die Wirtschafts- und die Sozialstruktur der Bundesrepublik — und damit auf die Funktionsfähigkeit dieses Staates überhaupt. Wie in einer bisher nicht veröffentlichten Studie des Bundesinnenministeriums vorgerechnet wird, nimmt die Zahl der erwerbstätigen Deutschen unter den genannten Rahmenbedingungen bis zum Jahre 2000 um 4 Prozent ab.

Schon dieser anscheinend geringe Rückgang ist ein Novum in der jüngeren Geschichte: Der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung hat sich in den vergangenen 100 Jahren in Deutschland nur wenig verändert, er war vor dem 1. Weltkrieg (1907: 45 Prozent) kaum größer als heute (1978: 44 Prozent). Nach dem Jahr 2000 aber wird die Erwerbstätigen-Kurve schroff nach unten abknicken: In nur 30 Jahren, so rechnet das Ministerium, wird die Zahl der 20- bis unter 60jährigen um 38 Prozent schrumpfen — eine Ziffer, die Hochrechnungen der Baseler Prognos AG nahekommt: Statt heute 25 Millionen Erwerbspersonen soll es 2030 nur noch 16 Millionen Erwerbstätige in Deutschland geben.

Eine solche Entwicklung könnte nicht ohne dramatische Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben bleiben. Weniger Erwerbstätige — weniger Autos und damit Niedergang der Branche, von der heute direkt und indirekt jeder vierte Deutsche lebt. Und woher soll die Bauindustrie ihre Aufträge, woher die Bundeswehr ihre Soldaten nehmen? Wer soll die Beamten- und Angestelltenheere des Dienstleistungssektors bezahlen?

Vorsitz des Bundesinnenministers Gerhart Baum (FDP) jetzt errechnet hat, wird in nur 50 Jahren das Zahlenverhältnis zwischen Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik eine völlige Umstrukturierung der Gesellschaft bewirken.

Baums Fachleute haben verschiedene Modelle für die denkbare Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik aufgestellt und sind zu dem Ergebnis gekommen:

1. Wenn von sofort an keine Ausländer mehr über die Grenzen in die Bundesrepublik einwandern, wird die Zahl der Ausländer allein durch Geburtenüberschuß bis zum Jahr 2030 von gegenwärtig 3,9 auf 5 Millionen anwachsen.

2. Wenn jährlich 50 000 Ausländer in die Bundesrepublik einwandern (in der Geschlechts- und Altersgliederung von 1973), dann wird es im Jahr 2000 6,4 Millionen und im Jahr 2030 8 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik geben.

3. Bei einem jährlichen Zuwanderungsüberschuß von 100 000 Ausländern erreicht die Zahl der Ausländer im Jahr 2000 7,8 und im Jahr 2030 12,1 Millionen.

Von diesen Modellen kommt dem Modell 3 (in der Sprache des Ministeriums führt es die Bezeichnung B 6) nicht die geringste, sondern die größte Wahrscheinlichkeit zu, denn:

- die Ziffer 100 000 stellt einen Wert dar, der sogar noch unter der Einwanderungsrate über die Grenzen des Bundesgebietes zu Zeiten des geltenden Anwerbestopps für Gastarbeiter liegt (Zuwanderung 1978: 115 000);
- sie berücksichtigt nicht, daß bei der raschen Abnahme der deutschen Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 60 Jahren von der Jahrtausendwende an der Bedarf der deutschen Wirtschaft an ausländischen Arbeitskräften sprunghaft anwachsen wird;

eine Pariarolle hineinzuwachsen. Dies mache sich bereits jetzt in den Kriminalstatistiken bemerkbar.

Und der Direktor des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung, Karl Schwarz, konstatiert, daß die Probleme der Einschulung ausländischer Kinder nicht kleiner, sondern größer geworden seien. „Vor vier bis sechs Jahren, als sich die ausländische Bevölkerung bei uns noch nicht in Gettos sammelte, brachten die Kinder noch bessere Deutschkenntnisse mit", meinte Schwarz unlängst auf einem Bevölkerungsseminar des Europarats in Straßburg.

Angesichts solcher Beobachtungen wirken die Sandkastenspiele naiv, die in sozialdemokratischen Kreisen gedeihen. „Ist Integration nicht auch denkbar unter Beibehaltung der sprachlichen und kulturellen Herkunft?", fragte der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi vor wenigen Wochen in der „Zeit". Und schlug auch gleich den Bogen zu einer bizarren Vision: „In ganz Europa fordern regionale und ethnische Minderheiten stärkeren Schutz durch Dezentralisierung, durch Regionalisierung, durch Anerkennung ihrer sprachlichen und kulturellen Identität."

Das ist ein Ausverkauf der Nationalität

Also Import der baskischen, der bretonischen, der korsischen Konflikte in die Bundesrepublik? Die Konsequenz könnte dann nur sein, daß in einem halben Jahrhundert Städte und ganze Landstriche in die Autonomie entlassen werden — mit eigener Sprache und Kultur, mit eigenen Gesetzen und einer stetig schrumpfenden deutschen Minderheit.

AL 5 2. Vbl.

Über die Frage, welche Wanderungsannahmen im endgültigen BMJ-Bericht für die Ausländer gerechnet werden, wird eine Abteilungsleiter-Besprechung stattfinden. Der Welt-Artikel liefert präzise Argumente

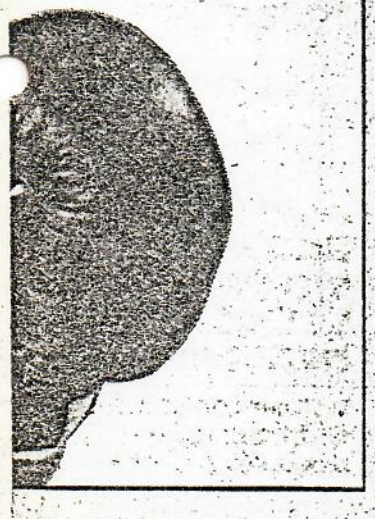
- den jetzigen Wanderungssaldo klein zu halten
- den Zuzug auf den Jahr 2000 fortzuschreiben.

Ch 6/

nenlernen.
wichtig sind.

gt,
vinnen

zu bekommen; bei
nrungen sind sieben
ohne Erfolg. Das Risi-
Kreditgebern zu hoch.
müssen Gewinne aus
estitionen die zukünfti-
lungen tragen. Nur wer
icht, kann diesen Ein-
en. Und wer wagt, muß
gewinnen.



Diese Zahlen sind auf der Grundlage der Geburtenhäufigkeit von 1977 errechnet. In den vergangenen Jahren aber mußten die Prognosen laufend

Die unausweichliche Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens würde finstere Akzente durch die sich mehrenden äußeren Kennzeichen einer sterbenden Gesellschaft erhalten:

- Ganze Stadtteile würden veröden.
- Schulen, Hochschulen und Kirchen stünden leer und funktionslos herum.
- Nahverkehrssysteme und Sportplätze müßten stillgelegt werden, weil sie nicht mehr ausgelastet wären.
- Die Landwirtschaft würde ins Leere produzieren, bis zu der Folge, daß Anbaugebiete aufgegeben werden müßten und ganze Landstriche brachfallen würden.

Völlige Umstrukturierung der Gesellschaft

- Unternehmer und Arbeitnehmer würden unter horrenden Soziallasten für die „Gesellschaft der grauen Köpfe" stöhnen. Nach Berechnungen der Prognos AG für die „Wirtschaftswoche" würden die Beiträge zur Rentenversicherung von heute 18 Prozent auf 41 Prozent im Jahr 2030 hochschnellen. Gleichzeitig würden aber auch die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung nach oben getrieben, nach CDU-Schätzungen von heute 11,4 auf 20 bis 25 Prozent. Fazit: Allein für die Renten- und Krankenversicherung müßten die Beitragszahler bis zu 60 oder gar 65 Prozent ihres Gehaltes abführen. Lasten, die auf die Dynamik des Wirtschaftslebens nur erstickend wirken können.

Gleichzeitig wird es gravierende Konsumausfälle geben. Die Nürnberger Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK) hat errechnet, daß allein im Einzelhandel ein Nachfragedefizit von 23 Milliarden Mark entstehen wird — und zwar nicht erst bis 2030, sondern schon bis 1990, also in der Zeit, in der die letzten starken Geburtenrückgänge das Potential der Erwerbspersonen vorübergehend noch einmal verstärken werden.

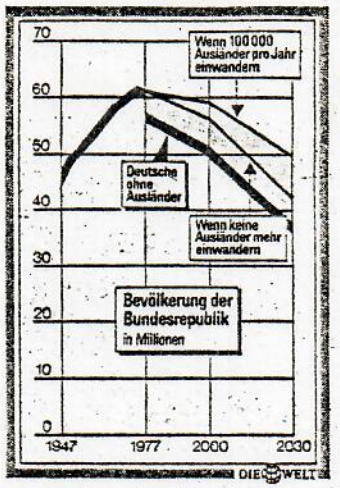
„Die Regierung sieht keinen Anlaß zur Nervosität unter den Schlagworten ‚Sterbendes Volk' oder ‚Raum ohne Volk'", erklärte Regierungssprecher Klaus Bölling noch vor zehn Monaten, als diese Zahlen bekannt wurden. Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes wischten der Kanzler und sein Kabinett damals mit dem Kommentar vom Tisch: „Dies ist nicht das Gelbe vom Ei."

Im Bundesinnenministerium und im Familienministerium wurden Kommissionen darauf angesetzt, die das Material überarbeiten sollten. Sie gerieten bald unter Beschuß aus dem Bundeskanzleramt. Planungschef Albrecht Müller bescheinigte „oberen Schichten im Wissenschaftsbereich, in der Politik und in den Amtsstuben der Bundesrepublik" eine „Gemeinsamkeit" mit „herrschenden Funktionären in der DDR": Wer sich besorgt zur Bevölkerungsentwicklung äußere, denke „in Kategorien der Gruppe, der Horde, des Volkes" und habe das Wohl des Individuums aus den Augen verloren.

Und der Mann aus dem Kanzleramt fand noch mehr zu rügen: In den Schätzungen zur Bevölkerungsentwicklung werde die „Integration der Gastarbeiter und ihrer Kinder vernachlässigt. Auch das", so Müller, zeuge vom „völkischen Charakter des Denkens".

Was Müller unterschätzt oder wovon er ablenken möchte: Gerade in den „völkischen" Gesichtspunkten liegt zusätzlicher, vielleicht gar nicht unter Kontrolle zu haltender Explosivstoff. Wie nämlich die Kommission unter

- sie berücksichtigt ferner nicht, daß der Druck eines Millionenheeres von Arbeitskräften aus dem übrigen Europa



Bis 1977 wurden die Ausländer statistisch nicht getrennt erfaßt.

auf die Grenzen der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr zunehmen wird: In der Türkei warten schon heute zwei Millionen Arbeitnehmer auf die Erlaubnis, in die Bundesrepublik einreisen zu dürfen. Bis 1990 wird die Bevölkerung der Türkei um fast 16 Millionen Menschen zunehmen. Betrug die Zahl der Arbeitslosen in Westeuropa 1974 (mit Finnland, Jugoslawien, Griechenland, Türkei) 6,1 Millionen, so errechnet die Baseler Prognos AG in einer soeben veröffentlichten Studie für 1990 bereits eine Arbeitskräftereserve von 22 Millionen.

Aber schon bei einer Zuwanderung von jährlich nur 100 000 Ausländern über die Grenzen der Bundesrepublik kommt eine Lawine in Gang, deren Wucht alle Erschütterungen der Bevölkerungsstruktur seit dem Dreißigjährigen Krieg übertrifft. Schon 2030, nach zwei Generationen, würde jeder vierte Bundesbürger ein Ausländer sein, der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik würde 31 Prozent betragen.

Aber auch diese Zahl gibt nach den bisher unter Verschluß gehaltenen Prognosen des Bundesinnenministeriums von der Realität noch ein unscharfes Bild. Denn die ausländische Bevölkerung würde sich nicht gleichmäßig über die Bundesrepublik verteilen, sie würde sich in bestimmten Ballungsgebieten konzentrieren, und dort würde dann mindestens jeder zweite Schüler seiner Herkunft nach Ausländer sein. Dabei bleibt sogar noch die Tatsache unberücksichtigt, daß die deutsche Bevölkerung gerade in den Ballungsgebieten schon heute am rapidesten abnimmt.

Man muß nicht „völkisch" denken, um zu konstatieren: Eine solche Umschichtung birgt gewaltige sozialpolitische Risiken in sich. Schon heute stoßen die Bemühungen um die Assimilierung und Integration der Ausländer in der Bundesrepublik an Grenzen. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Heinz Kühn (SPD), warnte erst kürzlich vor einer „alarmierenden Entwicklung", die umfassende Anstrengungen nötig mache, um „größten individuellen und gesellschaftlichen Schaden abzuwenden". Die jungen Ausländer drohten in

Was sich hier mitten im Frieden und in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität vollzieht, was mit Bierruhe diskutiert und von den Politikern verharmlost wird, das ist ein Ausverkauf der Nationalität. Man muß sich weit in der Geschichte umschauen, um Parallelen für die Umwälzungen zu finden, die den Deutschen in wenigen Jahrzehnten bevorstehen. Empfindliche Bevölkerungsverluste hat dieses Volk zwar auch in früheren Epochen erlitten und hat sie immer wieder überstanden. Im 14. Jahrhundert raffte der Schwarze Tod ein Drittel der Bevölkerung hinweg, drei Jahrhunderte später waren es wiederum Hungersnöte und Seuchen im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges, die Deutschland einen Verlust von 30 Prozent seiner Bevölkerung brachten, in manchen Landstrichen gar 50 Prozent.

Nie aber waren solche Zeiten des Niedergangs gleichzeitig Zeiten massenhafter Zuwanderung von Ausländern. Und wenn sich im Dreißigjährigen Krieg zahlreiche schwedische Soldaten in Vorpommern und auf Rügen niederließen und in manchen Orten bald ein Drittel der Bevölkerung ausmachten; wenn einige Jahrzehnte später 30 000 Hugenotten nach Deutschland einwanderten und um 1700 jeder dritte Einwohner Berlins seiner Herkunft nach Franzose war, so blieb diese Erscheinung doch auf wenige Orte beschränkt. Eine völlige Infiltration und Durchdringung, so wie sie etwa das Römische Reich durch die Germanen erlebte, hat sich auf deutschem Boden seit dem Bestehen des Reiches niemals ereignet.

„Sie reden, aber sie tun nichts, es zu ändern"

Sie wird aber nicht ausbleiben, wenn die Bevölkerungswissenschaftler mit ihren Prognosen recht behalten. Sie wird die Völkerschaften und Stämme, die in der Völkerwanderungszeit zwischen Rhein und Elbe, zwischen Alpen und Nordsee seßhaft wurden und die einen Kant und einen Goethe, einen Mozart und einen Marx, einen Kepler und einen Luther hervorgebracht haben, in weniger als einem Jahrhundert von der Landkarte tilgen.

Daß dieser Prozeß in Frieden und Eintracht zu Ende gehen wird, diese Annahme verweisen die Soziologen ins Reich der Illusionen. Denn auch nicht 100 000 Einwanderer jährlich würden ausreichen, den Bevölkerungsstand in Deutschland zu halten: Nach den Berechnungen des Bundesinnenministeriums müßten es doppelt soviel sein.

Die Probleme einer abnehmenden Bevölkerung und einer schrumpfenden Wirtschaft würden noch verschärft durch den Generationskonflikt: Eine neurotische, radikalisierte Jugend werde sich gegen die Übermacht der Grauköpfe und den Alterskonservatismus auflehnen, der dann die Staatsgeschäfte regieren werde, prophezeien Sozialwissenschaftler. Die Folge wären bürgerkriegsartige Konflikte, die in ethnischen Explosionen kumulieren könnten.

Ein solches Deutschland würde nicht nur zu einem Spielball ausländischer Mächte werden, sondern auch zu einer bedrohlichen Unwucht im Getriebe der internationalen Politik. Die bevölkerungspolitische Abstinenz der Bundesregierung stößt deshalb bei den Nachbarn keineswegs nur auf inniges Verständnis. Staatspräsident Giscard d'Estaing — gewiß ein Mann, der nicht im Geruch stehen kann, „deutschvölkischen" Interessen zu huldigen — vor seinem Bonn-Besuch Anfang Oktober: „Die Westdeutschen reagieren nicht wie wir. Sie reden, aber sie tun nichts, es zu ändern."